

Erlbacher Deklaration 2006

Die Umgestaltung unserer Wirtschafts- und Sozialsysteme sowie die derzeitige Ausgestaltung des Europäischen Einigungsprozesses weckt bei vielen Menschen heute mehr Ängste als Hoffnungen.

Diese Entwicklungen zwingen Christlich-Soziale zur Einforderung ihrer Grundprinzipien:

- der Mensch ist Individuum und soziales Wesen zugleich
- Sozial ist, was dem Menschen dient
- Freiheit muss Hand in Hand gehen mit Solidarität, Personalität und Subsidiarität
- Arbeit ist ein Grundrecht des Menschen; sie ermöglicht nicht nur den Erwerb des Lebensunterhalts, sondern auch Selbstverwirklichung und Teilhabe an der Gesellschaft

Geld ist ein Ersatz für geleistete Arbeit. Daraus ergibt sich zwingend, dass man in Zeiten eines Umbruchs die Macht des Kapitals eingrenzen muss, wenn man im christlich-sozialen Sinne dem Grundsatz „der Mensch geht vor Kapital“ folgen will. „Sozialer Friede“ hat einen höheren Stellenwert als die Rendite des Kapitals.

Das alles dominierende Problem in den europäischen Gesellschaften ist die seit Jahren verfestigte Massenarbeitslosigkeit. Arbeitslosigkeit raubt den Menschen ihre materiellen Grundlagen, ihre Zukunftsperspektiven und ihre sozialen Einbindung. Die zunehmende Gleichgültigkeit ihr gegenüber - die die Menschen mittlerweile auch der Politik unterstellen - widerspricht zutiefst unserem Menschenbild.

Wir brauchen Konzepte, die sich nicht nur an der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und den Anforderungen der Unternehmen, sondern an den Menschen und der Gesamtheit ihrer Bedürfnisse orientieren. Hierzu gehören vorrangig die Sicherung der Einkommen und die Förderung der Familien.

Daher fordern wir eine dementsprechende Kehrtwende der Politik. Konkret fordern wir mit Blick auf die

- Bekämpfung der illegalen Beschäftigung
- Soziale Absicherung heute und morgen
- Entwicklung der Arbeitsverhältnisse und demographische Entwicklungen

die folgenden Punkte:

Bekämpfung der illegale Beschäftigung

- „illegale Beschäftigung“ ist nur durch strikte Kontrollen zu unterbinden; hierzu ist auch eine verstärkte grenzüberschreitende Zusammenarbeit notwendig
- die Verfolgung der Gesetze gegen „illegale Beschäftigung“ muss in ganz Europa gleichermaßen gewährleistet sein
- Tätigkeiten zur gegenseitigen Hilfe im familiären Bereich, die nicht gewerbsmäßig ausgeübt werden, sind keine „illegale Beschäftigung“; für andere Formen der Arbeit in diesem Bereich sind legale Grundlagen zu schaffen
- das Phänomen der „illegalen Beschäftigung“ muss weiter untersucht werden, um sie zielgerichtet bekämpfen zu können

Soziale Absicherung heute und morgen

- die Erhaltung der sozialen Absicherung, die verlässlich eine menschenwürdige Existenz garantiert, ist ein Eckpfeiler des „Europäischen Sozialmodells“ und erfordert die Wahrnehmung der sozialen Verantwortung aller gesellschaftlichen Gruppen
- die Solidarität der Generationen muss auch bei sich wandelnden demographischen Bedingungen erhalten bleiben
- dazu ist es aber notwendig, dass die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme nicht länger überwiegend auf dem Faktor „Arbeit“ beruht, vielmehr sind verstärkt andere Faktoren wie die Gewinne der Unternehmen einzubeziehen (es kann nicht sein, dass die Unternehmen sich aus dieser gesamtgesellschaftlichen Solidarität entziehen)

- in jedem Land ist eine soziale Mindestabsicherung zu schaffen, die ein menschenwürdiges Leben ermöglicht; hierzu gehört auch die Einrichtung eines (branchenbezogenen) Mindestlohns
- die Festlegung der Leistungen der sozialen Sicherungssysteme unterliegt - gemäß dem Prinzip der Subsidiarität - der Kompetenz jedes EU-Mitgliedsstaates
- die Ausschöpfung der Möglichkeiten der zweiten und dritten Säule (betriebliche und private Vorsorge) ist als zusätzliche Absicherung zu bedenken
- der Staat muss seine Rolle als Garant des sozialen Schutzes wahrnehmen und die Durchsetzung der geltenden Bestimmungen gewährleisten

Entwicklung der Arbeitsverhältnisse

- Wir verlangen klare arbeits- und sozialrechtliche Absicherungen aller Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer - auch derjenigen in sogenannten „atypischen“ Beschäftigungsverhältnissen - die mit ihrer Arbeit ihren Lebensunterhalt verdienen müssen.
- Sobald ein Arbeitnehmer ganz oder überwiegend an die Weisungen eines Arbeitgebers gebunden ist, liegt ein reguläres Beschäftigungsverhältnis vor.
- Dieses ist über gesetzliche und/oder tarifvertragliche Regelungen zu schützen.
- Im europäischen Binnenmarkt sind Mindeststandards des sozialen Schutzes notwendig; ansonsten dürfen europäische Regelungen nicht dazu beitragen, nationale Sozialstandards zu unterminieren.
- Die Menschen in Europa sind über dieses Problemfeld und den für sie geltenden Schutz umfassend zu informieren.

Demographische Entwicklungen

- Die demographische Entwicklung in Europa ist geprägt von einer niedrigen Geburtenrate und einer hohen Lebenserwartung.
- Die Unsicherheit auf dem Arbeitsmarkt, prekäre Arbeitsverhältnisse und die ständig steigenden Anforderungen an die Flexibilität der Arbeitnehmer tragen mit dazu bei, dass sich immer weniger junge Paare für Kinder entscheiden.
- Aus christlich-sozialer Sichtweise dürfen Familie und Kinder aber nicht nur auf ihren Wert als „wirtschaftlicher Faktor“ reduziert werden; sie sind vielmehr die Basis unserer Gesellschaften. Daher sind sie besonders zu fördern; notwendig ist auch die Schaffung eines intakten familiären Umfelds wie einer intakten Kinderbetreuung. Dies alles wird aber nicht reichen, wenn wir nicht die Einstellung und die Solidarität gegenüber Familien deutlich stärken.
- Beeinflusst wird die demographische Entwicklung auch von der Einwanderung; ein jüngerer Migrant kann in Europa einen älteren Europäer pflegen und auf diese Weise legal in den Arbeitsmarkt integriert werden.

Der Europäische Einigungs Prozeß weckt heute - vor allem mit Blick auf das zu schwach ausgeprägte Europa - bei vielen Menschen heute mehr Ängste als Hoffnungen. Die einseitige Ausrichtung auf „Liberalisierung“ und europaweiten „Wettbewerb“ wecken bei vielen Menschen die Befürchtung, es gehe bei diesem Projekt weniger um die Sicherung des Friedens als den Profit.

Die Chancen, die das friedliche Zusammenleben so vieler verschiedener Völker und Kulturen bietet, werden zu häufig von einer rein ökonomischen Denkweise überlagert.

Deshalb fassen wir unseren Ansatz so zusammen:

EUROPA MUSS SOZIAL SEIN - ODER ES WIRD NICHT SEIN.

Die Teilnehmer einer internationalen Tagung (aus 15 Ländern) in Erlbach/Vogtland, 27.-29. Oktober 2006